

Die Tarifierhöhung der Straßenbahn.

Zur Frage der Tarifierhöhung erhalten wir von einer den Berliner Verkehrsunternehmungen nahe-
stehenden Seite eine Zuschrift, der wir folgendes ent-
nehmen:

„Im Kreise der Berliner Stadtverwaltung ist man offenbar bemüht, die Erörterung der schwebenden Verkehrsfragen, namentlich der Tarifrfrage, auf die Zeit nach dem Kriege zu verschieben. Dieses Bestreben erscheint in hohem Maße bedenklich, da an der dauernden Erhaltung der Leistungsfähigkeit und an der fortschrittlichen Entwicklung der Berliner Verkehrsunternehmungen die Allgemeinheit das allergrößte Interesse hat. Zwingt man die Gesellschaften trotz der ins Ungemessene gestiegenen Preise für alle Bau- und Betriebsmaterialien und der bekannten großen Lohnerhöhungen für Tarife zu fahren, die schon in Friedenszeiten nicht mehr im richtigen Verhältnis zur Leistung standen, so muß mit Sicherheit der Zeitpunkt kommen, in dem die Unternehmungen bei Erfüllung ihrer Aufgaben versagen. Die Omnibusgesellschaft ist wirtschaftlich bereits dadurch in die schwierigste Lage gekommen, daß sie gezwungen war, für 5 Pf. zu geben, was sie selbst etwa 10 Pf. kostet. Die anderen Gesellschaften würden langsam, aber sicher in ähnliche unhaltbare Verhältnisse geraten. Sinkt man dann verspätet mit Gewährung einer Tarifierhöhung nach, so sind inzwischen Schäden eingetreten, die nicht mehr gut zu machen sind. Außer London, Paris, Petersburg und New York haben bisher nicht weniger als 43 deutsche Straßenbahnen, darunter 16 städtische, seit Kriegsbeginn ihre Tarife erhöht, u. a. in Breslau, Hannover, Düsseldorf, Mannheim, Aachen, Dortmund, Erfurt, Bonn usw. Vielleicht veranlaßt die Nachprüfung dieser Gesichtspunkte die Stadtverwaltung, ihre Entschließungen in dieser Frage nicht weiter hinauszuschieben.“

Wir können uns der Auffassung der Zuschrift aus den Kreisen der Straßenbahngesellschaft durchaus nicht ohne weiteres anschließen. Wir können es allenfalls verstehen, daß für die Kriegszeit ein Zuschlag zum Tarif erhoben wird, aber es liegt keine Veranlassung vor, jetzt überstürzt die Groß-Berliner Tarifverhältnisse auch schon für die Friedenszeit zu regeln. Das bedarf denn doch eingehender Untersuchungen, zu denen jetzt wahrhaftig nicht die Zeit ist. Es ist neulich schon von uns berichtet worden, daß der Unterausschuß des Zweckverbandes, der über die Fragen wieder zusammenberufen werden soll, jetzt vermutlich zu sachlichen Verhandlungen nicht kommt, weil die statistischen Unterlagen wegen der Ueberlastung der städtischen Behörden augenblicklich nicht anzufertigen sind. Tatsächlich sind ja auch jetzt die städtischen Behörden mit anderen Dingen mehr als genug beschäftigt. Es ist viel nötiger, daß die Städte augenblicklich die ihnen vom Staate zugewiesenen Aufgaben der Nahrungsmittelverteilung gut lösen, als daß über Tarifierhöhungen verhandelt wird. Das sollte auch die Aufsichtsbehörde einsehen. Den Aufsichtsinstanzen ist bekannt, welche großen Aufgaben die Städte augenblicklich zu lösen haben. Es ist ihnen ebenso bekannt, daß ein starker Personalmangel herrscht. Das vorhandene Personal würde kaum genügen, den laufenden Geschäftsgang in Friedenszeiten regelmäßig zu besorgen. Die Kriegsausgaben können die Städte nur mit äußerster Anspannung des gesamten Personals erledigen. Da sollten die Aufsichtsbehörden von sich aus verhindern, daß jetzt die verhältnismäßig nebensächlichen Fragen neuer Tarifvereinbarungen die städtischen Verwaltungen noch weiter belasten. Geseht selbst den Fall, daß den Verkehrsunternehmungen dadurch ein Schaden zugefügt wird, so ist dieser Schaden noch lange nicht so groß, als wenn die Allgemeinheit durch Störungen in der ruhigen Abwicklung der Kriegswirtschaft geschädigt wird.